

Bremische Bürgerschaft

Landtag

21. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde der 32. Sitzung

Anfrage 1: Schafft die Innensenatorin die Kontrollquittungen jetzt endlich ab?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 19. Februar 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Kontrollquittungen wurden im Jahr 2025 sowie 2026 bisher im Land Bremen ausgestellt?
2. Welche Kosten sind für die Kontrollquittungen im Jahr 2025 angefallen?
3. Welchen Mehrwert sieht die Senatorin für Inneres und Sport in Anbetracht der Anzahl der ausgestellten Quittungen und der anfallenden laufenden Kosten für die Beibehaltung der Kontrollquittungen im Bremischen Polizeigesetz?

Anfrage 2: Kartenlesegeräte bei der Polizei: Wo bleibt die Ausschreibung?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 19. Februar 2026

Wir fragen den Senat:

1. Nachdem in der Fragestunde im Mai 2025 seitens des Senats mitgeteilt wurde, der Senator für Finanzen beabsichtige „Mitte 2025“ einen zentralen Rahmenvertrag für mobile Kartenterminals auszuschreiben; an welchem konkreten Datum wurde diese Ausschreibung nunmehr veröffentlicht?
2. Falls die angekündigte Ausschreibung bis heute nicht veröffentlicht wurde, aus welchen Gründen nicht und welche Behörde hat federführend gearbeitet (Innenressort, Finanzressort, Polizei, zentrale Vergabestelle)?
3. Wenn öffentlich erklärt wird, die Polizei verfüge „bald“ über Kartenlesegeräte, wie viele Geräte sind bereits verbindlich beauftragt (bitte getrennt für Bremen und Bremerhaven angeben), ab wann sind sie im Streifendienst einsatzbereit und wann ist eine flächendeckende Ausstattung abgeschlossen?

Anfrage 3: Waffenverbot im Bremer Bahnhof – Wer ist für die Kontrolle und Sanktionierung zuständig?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 19. Februar 2026

Wir fragen den Senat:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage und mit welcher konkreten Abgrenzung zu § 42 Waffengesetz (WaffG) beansprucht die Senatorin für Inneres und Sport die Zuständigkeit für die Durchsetzung von Ordnungswidrigkeiten im Gebäude des Hauptbahnhofs Bremen, einem Gelände im Eigentum der Deutschen Bahn AG?
2. Inwiefern ist nach Auffassung des Senats sichergestellt, dass die Polizei Bremen beziehungsweise die Ordnungsbehörde auch im Bereich des Bremer Hauptbahnhofs wirksam Bußgelder nach § 53 Absatz 1 WaffG verhängen und Vollzugsmaßnahmen umsetzen kann, obwohl es sich hierbei nicht um hoheitlich genutztes Landesgebiet, sondern um Bahngelände handelt?
3. Wurde die Bundespolizei im Rahmen der Konzeption der Waffenverbotszone formal beteiligt und wie stellt der Senat sicher, dass es nicht zu Konflikten bei den Zuständigkeiten zwischen Landespolizei, Ordnungsamt und Bundespolizei kommt?

Anfrage 4: Pflegestützpunkte: Wie ist die aktuelle Situation?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 19. Februar 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie haben sich Nachfrage nach und Inanspruchnahme von Beratungen in den Pflegestützpunkten in den vergangenen zwei Jahren in Bremen und Bremerhaven entwickelt?
2. Welche Wartezeiten bestehen aktuell für Beratungstermine in den Stadtgemeinden jeweils und inwiefern wird die personelle Besetzung der Pflegestützpunkte als ausreichend erachtet?
3. Wie werden die in den Pflegestützpunkten erhobenen Beratungsdaten evaluiert?

Anfrage 5: Verschwendung staatlicher Ressourcen bei Zwangsvollstreckungen von Kleinstbeträgen

Anfrage des Abgeordneten Holger Fricke und Gruppe Bürgerallianz Bremen/Bremerhaven

vom 19. Februar 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie häufig drohten Bremer Landesbehörden Zwangsvollstreckungen gegen Bremer und Bremerhavener Bürger im Jahr 2025 (oder innerhalb des letzten Zeitraumes von zwölf Monaten, für den Daten vorliegen) an?
2. Wie hoch ist der Anteil selbiger Fälle, in denen die Forderung einen Streitwert von unter einem Euro betraf?
3. Wie hoch sind die Kosten, welche dadurch insgesamt sowie durchschnittlich pro Verfahren entstanden sind? (Bitte nach Sachgebiet wie etwa Personalkosten und Frankierungskosten aufschlüsseln sowie nach Streitwert staffeln.)

Anfrage 6: Informationen zur Barrierefreiheit von Arzt- und Psychotherapiepraxen

**Anfrage der Abgeordneten Katharina Kähler, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 19. Februar 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnis hat der Senat über den geplanten Zeithorizont der Abfrage und Bereitstellung von Informationen zur Barrierefreiheit von Arzt- und Psychotherapiepraxen durch die Kassenärztliche Vereinigung Bremen?
2. Inwieweit wurde der Vorschlag der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, in die Datenabfrage nicht nur Selbstauskünfte, sondern auch Expertise in Form einer Begehung vor Ort durch Fachleute einfließen zu lassen, von der Kassenärztlichen Vereinigung bislang aufgegriffen?
3. Welche Möglichkeiten hat die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht über die Kassenärztliche Vereinigung auf eine zügige und qualitativ hochwertige Abfrage und Bereitstellung dieser Informationen hinzuwirken und inwiefern macht sie davon Gebrauch?

Anfrage 7: Integrationskurse im Land Bremen

**Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 19. Februar 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Mit wie vielen potenziellen Teilnehmende an Integrationskursen rechnet der Senat für das Jahr 2026 in Bremen und Bremerhaven, und wie viele Menschen würden durch die neue Praxis (Zugang nur bei „positiver Bleibeperspektive“) voraussichtlich keinen Zugang mehr zu Integrationskursen erhalten?
2. Inwieweit rechnet der Senat mit einer Reduzierung des Kursangebots aufgrund der Neuregelung und welche Konsequenzen hätte dies für die lokale Integrationsinfrastruktur?
3. Wurde der Senat vom Bundesinnenministerium vorab informiert beziehungsweise in Entscheidungen eingebunden und welche Initiativen plant der Senat, um gegenüber dem Bund eine sichere und bedarfsdeckende Finanzierung von Integrationskursen zu erreichen?

Anfrage 8: Gleichberechtigte Teilhabe im Wasser: Barrierefreiheit und Inklusion bei Schwimmkursangeboten

Anfrage der Abgeordneten Sahhanım Görgü-Philipp, Dr. Maike Schaefer, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19. Februar 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche inklusiven Schwimmangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene existieren aktuell im Land Bremen und durch welche Träger (Vereine, Schulen, kommunale Anbieter) werden diese bereitgestellt?
2. Wie stellt der Senat den barrierefreien Zugang sowie die notwendigen Rahmenbedingungen – insbesondere qualifiziertes Personal und angepasste Gruppengrößen – für Schwimmer:innen mit Behinderung sicher?
3. Welche Pläne und Mittel sieht der Senat für den Ausbau inklusiver Schwimmkurse vor und wird das inklusive Schwimmbadzeichen „Seesternchen“ eingeführt (wenn ja, bis wann; wenn nein, warum nicht)?

Anfrage 9: Wie setzt sich Bremen für die notwendigen Rahmenbedingungen zur Transformation der Stahlindustrie ein?

Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19. Februar 2026

Wir fragen den Senat:

1. Welche Rahmenbedingungen auf Bundes- und europäischer Ebene sind aus Sicht des Senats für eine Transformation des Bremer Stahlwerks erforderlich?
2. Auf welche Weise setzt sich der Senat auf Bundesebene für diese Rahmenbedingungen ein, welche Schritte hat er dafür seit der Absage des Konzerns ArcelorMittal Bremen für das Projekt DRIBE2 unternommen und welche sind geplant?
3. Auf welche Weise setzt sich der Senat insbesondere dafür ein, dass es neue Fördermöglichkeiten wie Klimaschutzverträge für die Transformation der Stahlindustrie gibt, um in Bremen eine Entscheidung zugunsten eines Elektrostahlwerks zu ermöglichen?

Anfrage 10: Sprachkurse und Berufsausbildung
Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen
und Fraktion Die Linke
vom 19. Februar 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen haben in Bremen in den Jahren 2024 und 2025 eine duale oder schulische Berufsausbildung begonnen, ohne zum Zeitpunkt des Ausbildungsbeginns mindestens ein zertifiziertes Deutsch-Niveau B1 vorweisen zu können und wie viele dieser Auszubildenden nahmen parallel an Integrations- oder Berufssprachkursen teil?
2. Wie viele Fälle gab es in Bremen, in denen Betriebe Bewerber:innen als Auszubildende einstellen wollten, dies aber aufgrund fehlender Sprachkenntnisse von mindestens B1-Niveau von Kammern und Berufsschulen abgelehnt wurde?
3. Wie viele Plätze für ausbildungsbegleitende Berufssprachkurse (insbesondere Azubi-Berufssprachkurse) stehen in Bremen derzeit zur Verfügung, wie viele Personen befinden sich auf Wartelisten und wie viele Anträge wurden in den Jahren 2024 und 2025 aufgrund fehlender Kapazitäten abgelehnt?

Anfrage 11: (K)Ein Basiskonto bei der Sparkasse Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen
und Fraktion Die Linke
vom 19. Februar 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen in Bremen bekommen nach Schätzung des Senats kein Basiskonto bei der Sparkasse Bremen, sodass beispielsweise Sozialleistungsträger die Regelleistungen per monatlicher Guthabekarte zur Verfügung gestellt werden müssen und welcher Personalaufwand entsteht dadurch?
2. Erfüllt die Sparkasse Bremen aus Sicht des Senats die europarechtliche Pflicht, ein Basiskonto bereitzustellen bei rechtmäßigem Aufenthalt, jedoch ohne festen Wohnsitz, und wenn nein, was tut der Senat um darauf hinzuwirken?
3. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, nicht nur Postadressen, sondern auch Meldeadressen im Rahmen der Obdachlosenhilfe zur Verfügung zu stellen?

Anfrage 12: Überlastete Justiz – Droht auch in Bremen die vorzeitige Freilassung von Schwerverbrechern?

**Anfrage der Abgeordneten Simon Zeimke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Beschuldigte in Untersuchungshaft sind in den Jahren 2024, 2025 und bislang 2026 im Land Bremen aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil gesetzliche Fristen aufgrund verzögerter Bearbeitung durch Staatsanwaltschaft oder Gerichte nicht eingehalten werden konnten (bitte aufschlüsseln nach Deliktgruppen und Jahren)?
2. Wie hoch ist aktuell der Bestand unerledigter Strafverfahren bei den Staatsanwaltschaften und Strafgerichten im Land Bremen jeweils, wie hat sich dieser Bestand in den letzten fünf Jahren entwickelt und wie bewertet der Senat die personelle Ausstattung der Justiz im Verhältnis zur Verfahrensbelastung?
3. Welche konkreten Maßnahmen ergreift der Senat, um sicherzustellen, dass es in Bremen nicht zu Haftentlassungen allein aufgrund organisatorischer oder personeller Defizite kommt, insbesondere bei schweren Straftaten gegen Leib, Leben und sexuelle Selbstbestimmung?

Anfrage 13: Elektrifizierung des Fuhrparks der Polizei

**Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Michael Labetzke, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 4. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die positiven Erfahrungen mit batterieelektrischen Polizeifahrzeugen aus anderen Ländern wie etwa Baden-Württemberg, wo diese aufgrund ihrer hohen Akzeptanz unter Polizist:innen im Vergleich zu Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor rund 30 Prozent häufiger eingesetzt werden, bislang in keinem Fall polizeiliche Sofortmaßnahmen aufgrund eines unzureichenden Ladezustands unterblieben sind und der Anteil elektrifizierter Fahrzeuge im Polizeifuhrpark nach Erkenntnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung schon jetzt auf nahezu siebzig Prozent gesteigert werden könnte?
2. Wie stellt der Senat sicher, dass die Fahrzeuge für die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven, die mit Geldern aus dem Bundes-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität beschafft werden, vollständig als batterieelektrische Fahrzeuge beschafft werden?
3. Wie stellt der Senat parallel die notwendige Ladeinfrastruktur für diese Fahrzeuge sicher?

Anfrage 14: Minijobs und Midijobs in Eigenbetrieben und Senatsverwaltungen der Freien Hansestadt Bremen

**Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 4. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Minijob/Midijob-Beschäftigungsverhältnisse bestehen derzeit in den bremischen Eigenbetrieben, Beteiligungen und öffentlichen Unternehmen sowie Senatsverwaltungen? (Bitte nach Frauen und Männern aufschlüsseln und Werkstudenten gesondert ausweisen.)
2. Wie hat sich die Zahl dieser geringfügig entlohtnten Beschäftigungsverhältnisse in den letzten fünf Jahren entwickelt? (Bitte nach Frauen und Männern aufschlüsseln und Werkstudenten gesondert ausweisen.)
3. In welchen Aufgabenbereichen sind Arbeitskräfte in Mini- und Midijobs derzeit in den bremischen Eigenbetrieben, Beteiligungen und öffentlichen Unternehmen sowie Senatsverwaltungen tätig?

Anfrage 15: Schulstreik gegen die Wehrpflicht während des Unterrichts

**Anfrage der Abgeordneten Julia Tiedemann, Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 10. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche konkreten Vorgaben hat die Bildungsbehörde im Vorfeld des 5. März 2026 an Schulen, Schulleitungen und Lehrkräfte kommuniziert, um die Einhaltung der Schulpflicht sicherzustellen und ungerechtfertigten Unterrichtsausfall durch den Schulstreik zu verhindern?
2. Liegen dem Senat Erkenntnisse darüber vor, dass Lehrkräfte im Land Bremen offen zur Teilnahme am sogenannten Schulstreik gegen die Wehrpflicht während der Unterrichtszeit aufgerufen oder diese aktiv begünstigt haben (zum Beispiel durch Verlegung, Ausfall oder inhaltliche Umwidmung von Unterricht), und welche dienstrechtlichen Konsequenzen zieht der Senat in solchen Fällen?
3. Für wie viele Schülerinnen und Schüler welcher Schulen (bitte nach Schulstandorten, Schulstufen und Klassenstufen aufschlüsseln) haben die jeweiligen Schulleitungen im Zusammenhang mit dem „Schulstreik gegen die Wehrpflicht“ Beurlaubungen oder ein Ruhen der Schulpflicht genehmigt, und auf welchen Rechtsgrundlagen und ermessenslenkenden Vorgaben der Bildungsbehörde stützen die Schulen entsprechende Entscheidungen?

Anfrage 16: Schulstreik gegen die Wehrpflicht – Teilnahme von extremistischen Organisationen

**Anfrage der Abgeordneten Julia Tiedemann, Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 10. März 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zu der Teilnahme extrem linker Parteien und Organisationen (zum Beispiel Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands [MLPD]) sowie von Gruppen mit offen israelfeindlichen beziehungsweise Pro Hamas/„Pro Gaza“-Positionierungen an der Demonstration „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ am 5. März 2026 in Bremen vor, und wie bewertet der Senat die politische Instrumentalisierung einer von Schülerinnen und Schülern getragenen Veranstaltung durch solche Akteure?
2. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche bei schulnahen beziehungsweise von Schülern besuchten Demonstrationen nicht zum Spielball extremistischer oder antidemokratischer Gruppierungen werden, und wie werden Eltern darüber informiert, in welchem politischen Umfeld sich ihre Kinder bei solchen Veranstaltungen während der Schulzeit tatsächlich bewegen?
3. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat darüber vor, dass bei der Demonstration „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ am 5. März 2026 in Bremen extremistische Organisationen oder Gruppen mit israelfeindlichen beziehungsweise antisemitischen Positionierungen mit Fahnen und Parolen präsent waren, und wie bewertet der Senat die Teilnahme minderjähriger Schülerinnen und Schüler an einer solchen Versammlung im Lichte des staatlichen Schutzauftrags gegenüber Kindern und Jugendlichen?